

## Erstes Schweizer Sozialforum: Vernetzung im Vordergrund

**Am ersten Schweizer Sozialforum vom 19. bis 21. September in Freiburg nahmen rund 800 Personen teil. Während drei Tagen fanden an der Universität Freiburg 40 Workshops und fünf Konferenzen statt, darunter auch eine zum Finanzplatz Schweiz.**

Lis Füglistner

Im Vergleich zum Weltsozialforum und dem Europäischen Sozialforum war der Ansturm auf das erste Schweizer Sozialforum eher bescheiden. Der Erfolg dieses Anlasses drückt sich weniger durch die quantitative Beteiligung als durch die Vernetzungsarbeit aus, die zwischen interessierten Personen und Organisationen stattfand. Während der drei Tage wurde die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen oder Verbindungen zu vertiefen, von den beteiligten Gruppierungen und Einzelpersonen rege genutzt.

In den fünf grossen Konferenzen standen die Themen Krieg und Frieden, Migration, Finanzplatz, Altersvorsorge und Service Public im Mittelpunkt. Daneben fanden in zahlreichen Workshops intensive Auseinandersetzungen zu unterschiedlichen Themen statt. In kleineren Gruppen konnten Erfahrungen ausgetauscht, Anliegen formuliert und Strategien erarbeitet werden. Viele der Resultate, welche am Sozialforum erarbeitet wurden, sind gegen aussen nicht unmittelbar spürbar. Die neuen Vernetzungen, welche in Freiburg geknüpft wurden, werden sich erst in den kommenden politischen Auseinandersetzungen zeigen.

"Schweizer Finanzplatz-Politik in der Sackgasse", war der Titel der Konferenz, an der sich neben der Arbeitsgruppe der Hilfswerke, der EvB und der INWO auch die Aktion Finanzplatz (AFP) beteiligte. Der Finanzsektor (Banken und Versicherungen) nimmt mit einem Anteil von über 13 Prozent am Bruttoinlandprodukt in der Schweizer Wirtschaft einen bedeutenden Platz ein - Grund genug, diesen Wirtschaftssektor mit einem kritischen Blick zu betrachten. Welche Rolle spielen die Banken in der aktuellen Wirtschaftskrise? Weshalb wurde das Bankgeheimnis 1934 rechtlich massiv aufgewertet? Welche Konsequenzen hätte die Abschaffung des Bankgeheimnisses für die Schweiz? Und: Worauf basiert die Stärke des Schweizer Finanzplatzes? Zu diesen Fragen referierten der Wirtschaftsjournalist, Werner Vontobel, die Historiker Peter Hug und Sébastien Guex sowie Nationalrat Pierre Tillmann.

Die AFP konzentrierte sich auf dem Podium auf die internationale Kritik am Finanzplatz Schweiz. Noch nie war dieser - und mit ihm die Schweizer Regierung - so stark unter Druck wie in der aktuellen EU-Debatte um die Frage des Informationsaustauschs über die Zinseinkünfte von EU-BürgerInnen, die ihr Vermögen in der Schweiz angelegt haben. Die Reaktion der Schweizer Regierung ist bekannt: Im Rahmen der bilateralen Abkommen mit der EU wird die Zinsbesteuerung geregelt. Die in der Schweiz angelegten Gelder von EU-KundInnen werden mit einer Zinsbesteuerung von 35 Prozent belegt, das Geld wird pauschal, also ohne Angaben über die KundInnen, dem Herkunftsstaat überwiesen. Mit dieser Regelung konnte erreicht werden, dass das Bankgeheimnis weiterhin unangetastet bleibt. Die Schweizer Regierung ist also bereit, mit den wirtschaftlich starken Ländern Spezialabkommen zu treffen, die für andere, wirtschaftlich schwächere Länder nicht gelten. Die AFP verurteilt eine solche Finanzplatz-Politik scharf. Eine Bilateralisierung bezüglich Informationsaustausch und Zinsbesteuerung ist ungerecht. Schon lange fordert die AFP eine strikte Gleichbehandlung

aller Länder beim Informationsaustausch und bei der Gewährung von Rechts- und Amtshilfe.  
Am Schweizer Sozialforum stiessen diese Forderungen auf breite Zustimmung.  
Die Redebeiträge der Finanzplatz-Konferenz sind auf der Homepage der Arbeitsgruppe der  
Hilfswerke veröffentlicht: [www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch).